

Antrag

**der Abgeordneten Dietrich Wersich, Kai Voet van Vormizeele, Dennis Gladiator,
Karl-Heinz Warnholz, Christoph Ahlhaus, Ralf Niedmers (CDU) und Fraktion**

Betr.: Respekt und Solidarität mit der Hamburger Polizei

Jeden Tag und rund um die Uhr sorgt Hamburgs Polizei für unsere Sicherheit. Polizisten, Feuerwehrleute und Helfer aller Hilfsorganisationen sind Teil unserer Gemeinschaft. Sie sind Freunde, Nachbarn, Bekannte und Familienangehörige. Ihr schwieriger Dienst verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung. Ein Angriff gegen sie ist ein Angriff auf uns alle.

Die gewalttätigen Angriffe der vergangenen Wochen auf Polizeibeamte haben ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an Brutalität gezeigt. Wer das Grundrecht auf friedliches Demonstrieren gezielt missbraucht, um das Leben von Polizisten zu gefährden, muss die vollen rechtsstaatlichen Konsequenzen tragen.

Die Solidarität, die unsere Polizisten von den Hamburgern in den vergangenen Tagen erfahren haben, ist beispiellos und zeigt, wie sehr die überwältigende Mehrheit der Bürger die Arbeit „ihrer“ Polizei schätzt. Angesichts der schlimmen Übergriffe ist es aber auch an der Zeit, über die Situation und Arbeitsbedingungen der Polizei in Hamburg zu sprechen. Es muss überprüft werden, ob die Polizisten die notwendigen Rahmenbedingungen für ihre schwere Arbeit haben. Wir wollen dazu eine öffentliche Debatte anstoßen.

Eine besondere Verantwortung trifft dabei den Senat als Dienstherrn unserer Polizisten. Solidarität und Zuspruch dürfen sich nicht in allein in Gesten erschöpfen, sondern müssen der besonderen schwierigen Lage der Hamburger Polizei gerecht werden. Deshalb bedarf es konkreter Maßnahmen, um den Beamten nachhaltigen Respekt zu zeigen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Schutzausrüstung für Alarmbereitschaft der Polizeikommissariate so herzurichten, dass sie den individuellen Schutzansprüchen der Polizeibeamten gerecht wird.
2. zu prüfen, ob und welche zusätzlichen Einsatzmittel geeignet sind, Gewalttäter auf Distanz zu halten.
3. sämtliche sicherheitsrelevanten Gebäude der Hamburger Polizei daraufhin zu überprüfen, inwieweit weitere bauliche Schutzmaßnahmen notwendig sind.
4. die Fahrzeugflotte der Hamburger Polizei daraufhin zu untersuchen, wo eine Ausstattung mit weiteren passiven Sicherungsmaßnahmen notwendig ist.
5. eine ausreichende Ausstattung der Polizei mit Sach- und Betriebsmitteln auch auf den Wachen für die tägliche Arbeit sicherzustellen.
6. kurzfristig alle frei gewordenen Stelle im Rahmen der Beförderung nachzubetzen und die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.

7. mittelfristig ein Modell zu entwickeln, dass Berufsanfängern in der Polizei eine gute und zuverlässige berufliche Entwicklung ermöglicht.
8. die frei werdenden Stellen in der Polizei umgehend (also nicht erst nach einem halben Jahr) wieder neu zu besetzen.
9. ein dauerhaftes Modell zum Abbau der riesigen Überstunden-Kontingente zu entwickeln.
10. eine beamtenrechtliche Änderung zu entwickeln, mit der „Polizeibeamte auf Probe“ im Falle einer dienstlich bedingten, dauerhaften Dienstunfähigkeit (zum Beispiel nach Verletzungen auf einer Demonstration) sozial angemessen versorgt werden.
11. die psychologische Betreuung von Polizisten nach einem belastenden Einsatz angemessen personell auszustatten.
12. eine Anlaufstelle in der Hamburger Polizei zu schaffen, die Beamte nach einem Dienstunfall zentral bei der Abarbeitung der diversen „bürokratischen“ Hürden begleitet.
13. zur Entlastung der Hamburger Polizei von den personalintensiven Aufgaben der Begleitung von Schwertransporten eine gesetzliche Regelung zu entwickeln.
14. den Gefangenentransport innerhalb der Polizei wieder so zu organisieren, dass nicht Streifenwagenbesatzungen Festgenommene stundenlang in Hamburg herumfahren müssen.
15. der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit bis zum 30. Juni 2014 über die Umsetzung dieser Maßnahmen zu berichten.